



# **FÜR EIN EUROPA, DAS FREIHEIT, GLEICHHEIT, SOLIDARITÄT UND MENSCHENWÜRDE TATSÄCHLICH RESPEKTIERT**

## *Ein humanistisches Manifest zu den Europawahlen*

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) spiegelt die grundlegende Basis des Humanismus wider. Doch trotz vieler Fortschritte können diese Rechte noch nicht überall genossen werden. Europa- und weltweit werden heute die Rechte und Möglichkeiten im Leben eines Menschen davon bestimmt, wo dieser geboren wird.

Für HumanistInnen ist die AEMR gleichzeitig ein moralischer und politischer Rahmen und eine Quelle der Inspiration, die unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde stützt. Von Anfang an war das Hochhalten der Menschenrechte ein zentrales Kriterium für einen EU-Beitritt.

HumanistInnen fördern auch den Grundsatz der Säkularität. Dieser gewährleistet die Trennung zwischen Kirche und Staat, um Gedanken-, Meinungs- und Glaubensfreiheit zu garantieren und sicherzustellen, dass jedes Individuum vor dem Gesetz gleich ist. Säkularität als Staatsprinzip garantiert Grundrechte für alle, ohne Diskriminierung. In einer Zeit, in der populistische Stimmen für Spaltung sorgen, ist dies nötiger denn je, um Zusammenhalt und Einheit in einem vielfältigen Europa aufrechtzuerhalten.

Säkularität ist im Kern humanistisch: offen, auf der Emanzipation des Individuums, dem Respekt gegenüber Menschen, der offenen Begegnung von Ideen und dem Streben nach größerer Gleichheit durch Bildung basierend. Säkularität garantiert allen Würde in ihren Lebensentscheidungen.

Mit wachsender Ungleichheit, ungelösten Fragen der Migration, dringenden Klimaherausforderungen, wachsendem Populismus und Extremismus, offenem Rassismus und religiösem Radikalismus und der Polarisierung der Gesellschaft rund um diese Themen steht zunehmend die Fähigkeit der EU in Frage, einerseits ihre Werte aufrecht zu erhalten und sich andererseits den globalen Herausforderungen zu stellen. Viele fordern stattdessen kurzsichtige nationale Lösungen.

Als HumanistInnen sind wir der Ansicht: Es geht nicht um die Frage nach europäischen Kompetenzen und Zuständigkeiten per se, sondern darum, wie unsere Werte als Triebfedern für die europäische Integration fortbestehen können. Dieses Manifest entwirft die Vision einer humaneren EU, die Lösungen findet, um die wachsende Kluft zwischen ihren Werten und der Politik, die sie verfolgt, zu überwinden. Ein Europa, das wirklich auf Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Menschenwürde fußt.

Dieses Manifest basiert auf einem umfassenden Memorandum der Europäischen Humanistischen Föderation, das sich an die europäischen Behörden richtet und die Linie bilden wird, die die nationalen Mitgliedsorganisationen der EHF verteidigen.

## **UNSERE VORSCHLÄGE**

### **RECHTSSTAAT UND DEMOKRATIE WAHREN**

Unsere Fähigkeit, für humanistische Werte, Säkularität, Menschenrechte und Grundfreiheiten einzutreten, benötigt Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines permanenten Mechanismus' zur Überwachung der Demokratie in den Mitgliedsstaaten, die Bindung europäischer Mittel an den Respekt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung gerichtlicher Kontrolle, wenn ein Mitgliedsstaat Werte der EU verletzt.

### **ZIVILGESELLSCHAFT ALS GEGENKRAFT UND ALS HAUPTTRÄGER EUROPÄISCHER WERTE**

In ganz Europa helfen zivilgesellschaftliche Gruppen, europäische Werte zu verankern und als Gegengewicht zur institutionellen Macht zu fungieren. Die EU sollte die Finanzierung nationaler säkularer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für Rechtsstaatlichkeit einsetzen, drastisch erhöhen. Sie sollte außerdem einen Beauftragten benennen, der für den Dialog mit der Zivilgesellschaft verantwortlich ist, um den Mechanismus der Europäischen BürgerInnen-Initiative zu verbessern und europäische Staatsangehörigkeit konkreter zu machen, indem Transparenz gesteigert und die Möglichkeit für Bürger, sich in sämtlichen Stufen der Beschlussfassung zu engagieren, gefördert wird.

### **DIE VISION EINES SÄKULAREN EUROPAS SCHÜTZEN**

Die EU ist ein säkulares Projekt und wird heute bedroht durch die Zunahme von extremem religiösem Lobbying, das die Unparteilichkeit unserer Institutionen zu untergraben sucht. Bestrebungen, noch mehr religiöse Organisationen in die Prozesse der EU-Beschlussfassung einzubeziehen, sollten abgelehnt werden. Außerdem fordern wir mehr Transparenz in Bezug auf bestehende Interessensgruppen und deren Finanzierungsquellen.

### **GEDANKENFREIHEIT FÜR ALLE VERTEIDIGEN**

Die EU sollte systematisch betonen, dass Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Glaubensfreiheit auch die Freiheit einschließt, keine Religion zu haben und die Religion oder den Glauben zu ändern und dass dies nicht benutzt werden sollte, die Grundrechte anderer einzuschränken. EU-Institutionen sollten ihre Maßnahmen zum Schutz von Nicht-Gläubigen in Europa und weltweit verstärken und die Implementierung und Evaluierung von EU-Richtlinien zu Glaubens- und Religionsfreiheit sichern, auch über eine neutrale Ausbildung der EU-Delegierten.

### **MEINUNGSFREIHEIT VERTEIDIGEN**

Abgesehen von Fällen der Anstiftung zu Hass, Diskriminierung oder Gewalt erlaubt die Meinungsfreiheit, Religion, religiöse Organisationen, ihre Repräsentanten oder Anhänger zu kritisieren. Die EU sollte eine starke Position zugunsten der Meinungsfreiheit einnehmen, auch durch die Forderung, die Kriminalisierung von Blasphemie und der „Beleidigung religiöser Gefühle“ in Europa und der restlichen Welt abzuschaffen.

## **FREIE UND PLURALISTISCHE MEDIEN ALS RÜCKGRAT DER EMANZIPATION DER BÜRGERINNEN**

Eine freie und vielfältige Medienlandschaft erlaubt die Entwicklung einer pluralistischen zivilen Debatte, die BürgerInnen befähigt, Meinungen gegenüberzustellen und eigene zu entwickeln. Die EU sollte die systematische Überwachung von Pressefreiheit, Medienpluralismus und -konzentration in jedem EU-Mitgliedsstaat implementieren. Außerdem sollte sie dringend das Problem der Sicherheit von Journalisten einerseits und Whistleblowern andererseits thematisieren und europäische Kooperationen im Kampf gegen Falschinformation stärken.

## **WAHLFREIHEIT, EIN GRUNDSTEIN MENSCHLICHER WÜRDE**

Autonomie ist der Schlüssel zu menschlicher Würde. Daher sollte es jeder/jedem möglich sein, das eigene Leben selbstbestimmt zu führen. Die EU sollte die Unabhängigkeit europäischer BürgerInnen und deren Recht stützen, Entscheidungen auf Grund der eigenen Überzeugung und Weltanschauung zu treffen. Vor allem sollte die EU aktiv sexuelle Rechte fördern, einschließlich Empfängnisverhütung, Abtreibung und Gesundheitsversorgung für Mütter, ebenso wie umfassende Sexualerziehung in allen Mitgliedsstaaten. Sie sollte zudem das Recht anerkennen, in Würde zu sterben und Mitgliedsstaaten ermutigen, in diesem Bereich positive Gesetze zu erlassen.

## **EINE GESELLSCHAFT, DIE ALLE MENSCHEN WERTSCHÄTZT WIE SIE SIND**

Die EU sollte ihre Bemühungen im Kampf gegen Diskriminierung verstärken und die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie verabschieden, die seit 2008 ansteht. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten ehrgeizige Aktionspläne für Geschlechtergleichheit fördern, die Beteiligung von Frauen auf allen Stufen der EU-Institutionen unterstützen und das Istanbul-Abkommen verabschieden. Sie sollten außerdem eine unausgewogene natalistische Politik unterlassen, die die Emanzipation der Frauen untergräbt. Auch sollten sie gegen LGBTI-Diskriminierung eintreten, LGBTI-Paare in allen Mitgliedsstaaten anerkennen, eine sichere Ausbildung für junge LGBTI-Menschen und Kinder von LGBTI-Paaren fördern sowie Diskriminierung in Verbindung mit Geschlechtsidentität und -ausdruck bekämpfen.

## **KEINE MENSCHENWÜRDE OHNE SOZIALE GERECHTIGKEIT UND FAIRNESS**

EU-Behörden sollten größere budgetäre Flexibilität zulassen, um den Kampf gegen ökonomische Ungleichheiten als Priorität in den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen aufzunehmen. Sie sollen die 20 Grundsätze des europäischen Sozialmodells implementieren, einen Mindestlohn auf einem angemessenen Niveau in jedem EU-Staat einführen, gegen Sozialdumping eintreten und hochwertige öffentliche Dienste in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Allgemeingültigkeit und des gleichberechtigten Zugangs anbieten.

## **SÄKULARE UND ÖFFENTLICHE BILDUNG ALS BEDINGUNG FÜR GLEICHHEIT**

Weil BürgerInnenkompetenzen grundlegend sind, damit BürgerInnen im Leben erfolgreich sein und die Gesellschaft gestalten können, sollte Europa staatsbürgerliche Bildung entwickeln und seinen Fokus auf Gedankenfreiheit, kritisches Denken und Medienkompetenz verstärken, die Validierung von durch außerschulische Bildung erworbenen Fähigkeiten wie kulturellen Aktivitäten und Sport verbessern sowie die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Lehrkräften in der Erstellung von Lehrmaterial erleichtern. Die EU sollte außerdem korrekte medizinische und gesundheitsbezogene, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Information vorantreiben.

## **WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG UND TECHNOLOGIEFOLGENABSCHÄTZUNG**

Forschung und Innovation sollten im Geiste freier Untersuchung und wissenschaftlicher Methoden durchgeführt werden, eingebettet in einen demokratisch gesetzten ethischen Rahmen. Die EU sollte sicherstellen, dass religiöse Dogmen aus der Wissenschaft herausgehalten werden, vor allem aus der

Stammzellenforschung. Flexibilität und Vereinfachung sollten Triebfedern sein für das nächste EU-R&I-Rahmenprogramm, sodass die Zivilgesellschaft dabei behilflich sein kann, den BürgerInnen Ergebnisse nahezubringen. Gesellschaftswissenschaften und deren Rolle als Grundlage für politische Entscheidungen sollten betont werden. Technische Anwendungen, vor allem Transhumanismus und Künstliche Intelligenz, bedürfen dringend eines klaren europäischen Regelwerks, bevor globale Standards gebildet werden, und sie müssen durch eine ausreichend repräsentative Zusammenstellung gesellschaftlicher Akteure kontrolliert werden. Außerdem wird angeregt, eine europäische Einrichtung zu schaffen, die die konkreten Auswirkungen von KI-Anwendungen überwacht.

### **EINE GEMEINSAME IMMIGRATIONSPOLITIK, GESTÜTZT AUF SOLIDARITÄT UND VERANTWORTUNG**

Europa kann das Thema Zuwanderung nur durch Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten und durch Solidarität mit MigrantInnen behandeln. Die EU muss eine gemeinsame Einwanderungspolitik festlegen. Das Fehlen einer selbigen ist ein Affront gegenüber den Menschenrechten der Betroffenen. Sie sollte sichere und legale Zugangswege und Aufnahmezentren für Asylsuchende einrichten, die Dublin-Verordnung überarbeiten, gerechte Verteilung und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sicherstellen, Integration fördern und Personal ausbilden, um komplexe Fälle wie LGBTI oder atheistische Asylsuchende angemessen zu behandeln. EU-Richtlinien könnten in diesem Bereich positive Auswirkungen haben.

### **EIN STARKES EUORPA, DAS FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE IN DER WELT STÄRKT**

Damit die EU wirksam Frieden und Menschenrechte fördern kann, darf sie selbst nicht im Inneren fragwürdig handeln. Sie sollte ihre Beschlussverfahren hinsichtlich ihrer Außenpolitik verbessern, indem sie die Einstimmigkeit im Rat abschafft, das europäische Parlament mehr einbezieht, das europäische diplomatische Netzwerk stärkt, Menschenrechte zum Rückgrat ihrer globalen Handlungen macht, Bemühungen um Entwaffnung verstärkt und die Verbreitung von Waffen bekämpft und die Einhaltung des internationalen Rechts unter allen Umständen garantiert.

### **SOLIDARITÄT MIT KÜNFTIGEN GENERATIONEN: KLIMAWANDEL UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

Die Folgen des Klimawandels sind wissenschaftlich bewiesen und beziffert. Allen Beweisen zum Trotz sind noch immer kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit und business as usual vorherrschend. Die EU muss das Pariser Abkommen vollständig umsetzen, Luft-, Wasser- und Lebensmittelqualität verbessern, Biodiversität schützen, in nachhaltige Mobilität investieren, Kreislaufwirtschaft fördern und ihre Landwirtschaft reformieren. Sie sollte führend darin sein, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen und den Kampf gegen Steuerhinterziehung und -betrug verstärken. Sie sollte sicherstellen, dass Handelsabkommen die Grundrechte respektieren.